

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gesp. 11. mm-Zelle 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 61 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines Jüdisches Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telephon 21516
Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070
Bankkonto: Sächsische Staatsbank, Leipzig
Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellg.-ld). Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Nicht vertuschen!

Der Begriff des Pogroms ist wissenschaftlich nicht genau umrissen und darum auch nicht scharf definiert. Aus diesen Gründen weiß man nicht recht, wie man die Ereignisse bezeichnen soll, die sich am ersten Rosch-Haschanah-Tage im Berliner Westen in der Umgebung der großen Synagoge in der Fasanenstraße abgespielt haben. Eine Reihe jüdischer Zeitungen hat sich in den ersten Berichten mit der Bezeichnung begnügt, es hätte sich um „pogromartige“ Ausschreitungen gehandelt. Darauf ist mit Recht eingewendet worden, ob es denn notwendig sei, daß man einzelnen Juden eiserne Nägel in den Schädel und in den Kopf treibe, damit man von einem Pogrom spreche. Genußt es nicht, daß viele Juden mit Schlagringen am Kopfe und im Gesicht verletzt wurden, daß einzelne, nachdem sie verprügelt worden waren, über die Zäune in die Vorgärten der Kurfürstendamm-Paläste geworfen, daß Frauen bis in das Innere von Lokalen und dort bis auf die Damentoilette verfolgt wurden, um schon von einem regelrechten Pogrom zu sprechen? Ist es nicht grauenregend, daß friedfertige, wehrlose Menschen von ihnen unbekanntem Rowdies, ohne daß der geringste Wortwechsel vorangegangen wäre, meuchlings überfallen und roh mißhandelt werden? Warum sträubt man sich also dagegen, ausdrücklich festzustellen, daß es am 12. September in der Hauptstadt des deutschen Reiches einen Pogrom gegeben hat, der allerdings, entsprechend dem Tatort und entsprechend der höheren Zivilisations- und Kulturstufe des Landes, in dem er sich abspielte, andere Formen als Pogrome, die von verwilderten Partisanenbanden in der Ukraine veranstaltet wurden? Es bleibt die beschämende Tatsache, beschämend für die Täter, beschämend für das Publikum, welches nicht nur teilnahmslos, sondern sympathisierend diese Ausschreitungen zur Kenntnis nahm, daß vor zwei Wochen in einer der größten Städte der Welt, der „Metropole Berlin“, Szenen vorgekommen sind, nur vergleichbar Vorgängen im finsternen Mittelalter.

Aber nicht nur beschämend für die Berufsantisemiten und die mit ihnen Sympathisierenden, sondern, und das muß ausdrücklich gesagt werden, auch für einen großen Teil der geistigen Führer jener Richtungen, die sich in Deutschland national nennen, und in ihren Äußerungen immer wieder betonen, daß sie himmelweit von Roheit und Gewalttätigkeit entfernt sind. Wenn man in den kritischen Tagen nach den Vorfällen in Berlin die deutsche Presse verfolgt hat, so konnte man feststellen, daß abgesehen von den linksstehenden Blättern und von den sogenannten jüdenliberalen Zeitungen, kein einziges ernstes Blatt der Mitte und der deutschen Rechten irgend ein hartes Wort der Verurteilung für diese

Vorgänge gefunden hat. Es ist nicht unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, wie sehr das Ansehen Deutschlands in der gesamten Kulturwelt durch ein derartiges Verhalten des überwiegenden Teiles der deutschen öffentlichen Meinung Schaden leidet. Es ist auch nicht unseres Amtes, die bösen Folgen zu schildern, die in politischer Hinsicht im Ausland für Deutschland aus derartigen Vorkommnissen erwachsen. Eine Bemerkung sei nur gestattet: gesetzt den Fall, der deutsche Reichsaußenminister Curtius werde sich veranlaßt sehen, in den nächsten Tagen mit dem britischen Außenminister Lord Reading, Rufus Isaacs, zu verhandeln. Wird da Curtius nicht ein klein wenig verlegen sein, bevor er die Unterredung mit Reading beginnt? Oder wird er vielleicht die Unterhaltung mit einer Entschuldigung einleiten, daß derartige Dinge in Deutschlands Hauptstadt passieren konnten, ohne daß die Reichsregierung, deren Mitglied er ist, sofort in entschiedenster Weise diese Vorgänge verurteilt hat? Denn das ist ein springender Punkt bei der ganzen Angelegenheit. Daß die Reichsregierung nicht sofort in allerschärfster Weise der Öffentlichkeit in Deutschland und in der ganzen Welt mitgeteilt hat, daß sie im Namen des deutschen Volkes die Ausschreitungen verdammt und in rücksichtslosester Weise gegen die Verüber der Schandtaten und die Planer neuer Ausschreitungen vorgehen werde. Man komme nicht mit dem Einwand, es sei selbstverständlich, daß die Reichsregierung diese Ansicht habe und es darum als überflüssig erachte, noch ausdrückliche Erklärungen nach dieser Richtung abzugeben. Es fällt keinem Menschen ein, in Brüning, Wirth, Gröner oder Curtius Pogromisten oder Pogromstifter zu erblicken. Aber es gibt Situationen, in denen das Selbstverständliche ausdrücklich gesagt werden muß. Dies ist jedoch nicht geschehen, und alle Ansichten und Ausreden, welche die Reichsregierung gehabt oder gebraucht haben könnte, um zu erklären, warum sie nicht sofort zu den Vorkommnissen am 12. September Stellung genommen habe, können nicht verfangen. Sogar wenn es vollkommen zutreffen sollte, daß eine derartige Erklärung auf die Berufsantisemiten keinen Eindruck machen werde, so wäre doch eine Deklaration der Regierung nicht überflüssig gewesen. Nicht für die Nazis sollte die Äußerung der Regierung erfolgen, sondern zuerst für die in ihrem Rechte, an ihrem Leib und Leben geschädigten Juden und zweitens, für die gesamte gesittete Welt, welche es nicht begreifen kann, daß gegenüber derartigen zweifellos politischen Ausschreitungen nicht politische Schritte unternommen werden.

Schon vor Monaten hat man in der Reichskanzlei auf das bedrohliche Anwachsen der

Judenhetze in Deutschland aufmerksam gemacht und es als wahrscheinlich hingestellt, daß es zu Entladungen kommen werde. Damals wurde die Forderung erhoben, daß der Reichskanzler bei irgend einer passenden Gelegenheit — eine öffentliche Rede, Teilnahme an der Zentrumstagung — zur Frage des rüden Judenhasses Stellung nehmen solle. Die Antwort der Regierung war zögernd und ausweichend. Immer wieder hat man die günstige Gelegenheit zur Abgabe einer derartigen Erklärung verpaßt. Es war nun anzunehmen, daß nach den Ereignissen am 12. September die Regierung diesen günstigen Moment als gegeben erachten wird. Aber auch dieser Zeitpunkt ist verabsäumt worden. Was nun die Regierung auch eine Woche nach dem Pogrom zu veranlassen für gut befunden hat — die völlig ungenügenden Äußerungen untergeordneter Stellen im Wege der Jüdischen Telegraphen-Agentur — können sie nicht mehr von der Verantwortung freisprechen, daß sie im vorliegenden Falle eine ernste Pflicht vernachlässigt hat. Man darf sich darüber nicht hinwegtäuschen, daß die zweideutige Haltung der Reichsregierung seit den Wahlen am 14. September 1930 zum großen Teile dazu beigetragen hat, Unentschlossenheit in weite Kreise des Landes zu tragen, wie man sich eigentlich zu den Hakenkreuzlern stellen soll. Selbstverständlich kann man nicht gegen eine Partei, von der man immer wieder geraunt hat, daß sie demnächst direkt oder indirekt Regierungspartei werden wird, dermaßen vorgehen, wie gegen eine Richtung, von der man von vornherein überzeugt ist, daß sie von den verantwortlichen zentralen Stellen prinzipiell rücksichtslos abgelehnt wird. Wir können uns nicht mit der Einrede zufrieden geben, daß die Nationalsozialisten zahlenmäßig zu unserem, und wie wir überzeugt sind zu Deutschland und der ganzen Welt, Leidwesen so stark geworden sind, daß man nolens volens von Regierungsstelle her mit ihnen vorsichtig umgehen muß. Das möge die Regierung halten, wie sie will. Wir lehnen es entschieden ab, daß diese Rücksichtnahme auf unsere Kosten erfolgt. Keinerlei Rücksichtnahme darf so weit gehen, daß sie kontinuierliche verbrecherische Handlungen duldet wie die Agitations- und Propaganda-Methoden sowie die ununterbrochene Mißhandlung der Nazis gegenüber den in Deutschland lebenden Juden.

Mit aller Entschiedenheit erheben wir vor der ganzen Welt Protest gegen die Zustände, wie sie in bezug auf die Juden in Deutschland herrschen. Die Juden sind von Natur aus loyale Staatsbürger. Die deutschen Juden haben es in den letzten Jahren immer abgelehnt, das gesamte deutsche Volk für die Exzesse der berufsmäßigen Judenfeinde verantwortlich zu machen.

Universitätsbibliothek
Bethovenstr. 2
1569